

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 217. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 24. März 2021

#### Inhalt:

Nachruf auf die Abgeordnete <b>Karin Strenz</b> ..	27333 A	<b>Tagesordnungspunkt 3:</b>	
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung .....	27333 B	<b>Befragung der Bundesregierung</b>	
Absetzung der Tagesordnungspunkte 16, 20, 23 und 41 d .....	27339 C	Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27340 C
Nachträgliche Ausschussüberweisung .....	27339 C	Dr. Gottfried Curio (AfD) .....	27341 B
Feststellung der Tagesordnung .....	27339 D	Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27341 C
Wahl der Abgeordneten <b>Bärbel Bas</b> als ordentliches Mitglied des <b>Vermittlungsausschusses</b> .....	27339 D	Dr. Gottfried Curio (AfD) .....	27341 D
Wahl des Abgeordneten <b>Dirk Wiese</b> als stellvertretendes Mitglied des <b>Vermittlungsausschusses</b> .....	27339 D	Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27341 D
		Yasmin Fahimi (SPD) .....	27342 A
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27342 A
		Yasmin Fahimi (SPD) .....	27342 C
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27342 C
		Dr. Marco Buschmann (FDP) .....	27342 D
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27343 A
		Dr. Marco Buschmann (FDP) .....	27343 A
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27343 B
		Bettina Margarethe Wiesmann (CDU/CSU) ..	27343 C
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27343 D
		Bettina Margarethe Wiesmann (CDU/CSU) ..	27344 A
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27344 A
		Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE) .....	27344 B
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27344 C
		Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE) .....	27344 D
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27345 A
		Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	27345 A
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27345 B
		Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	27346 A
		Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin .....	27346 B
		Albrecht Glaser (AfD) .....	27346 D
<b>Tagesordnungspunkt 1:</b>			
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zu der Notifikation betreffend die Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemäß dem Protokoll über die Koordinierung der sozialen Sicherheit zum Handels- und Kooperationsabkommen vom 30. Dezember 2020 zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits</b>			
Drucksache 19/27517 .....	27340 A		
<b>Tagesordnungspunkt 2:</b>			
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Koordinierung der sozialen Sicherheit mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (SozSichUKG)</b>			
Drucksache 19/27518 .....	27340 B		

## Zusatzfragen

Ottmar von Holtz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	27360 D
Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	27361 B

**Mündliche Frage 7**

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Geplante Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus**

## Antwort

Stefan Zierke, Parl. Staatssekretär BMFSFJ ..	27361 D
---	---------

## Zusatzfragen

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	27361 D
Stephan Brandner (AfD) .....	27362 B
Tobias Matthias Peterka (AfD) .....	27362 C
Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	27362 D

**Mündliche Frage 8**

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Höhe der Haushaltsmittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus**

## Antwort

Stefan Zierke, Parl. Staatssekretär BMFSFJ ..	27363 B
---	---------

## Zusatzfragen

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	27363 B
Stephan Brandner (AfD) .....	27363 D

**Mündliche Frage 9**

Stephan Brandner (AfD)

**Entwicklung der Anzahl der Krankenhaus- und Intensivbetten von 2007 bis 2020**

## Antwort

Sabine Weiss, Parl. Staatssekretärin BMG ....	27364 B
---	---------

## Zusatzfragen

Stephan Brandner (AfD) .....	27364 C
Dr. Rainer Kraft (AfD) .....	27365 C
Johannes Huber (AfD) .....	27366 A

**Mündliche Frage 10**

Stephan Brandner (AfD)

**Erfolge bei der Bekämpfung der Coronapandemie**

## Antwort

Sabine Weiss, Parl. Staatssekretärin BMG ....	27366 B
---	---------

## Zusatzfragen

Stephan Brandner (AfD) .....	27366 C
------------------------------	---------

**Zusatzpunkt 1:****Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Angriff auf die Menschenrechte in der Türkei – Konsequenzen für die deutsche und europäische Türkei-Politik**

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	27367 D
Michael Brand (Fulda) (CDU/CSU) .....	27369 A
Dr. Lothar Maier (AfD) .....	27369 D
Gabriela Heinrich (SPD) .....	27370 C
Gyde Jensen (FDP) .....	27371 B
Sevim Dağdelen (DIE LINKE) .....	27372 C
Dr. Andreas Nick (CDU/CSU) .....	27373 D
Jürgen Braun (AfD) .....	27374 D
Frank Schwabe (SPD) .....	27376 B
Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27377 B
Sylvia Pantel (CDU/CSU) .....	27378 C
Aydan Özoğuz (SPD) .....	27379 B
Sebastian Brehm (CDU/CSU) .....	27380 C

**Tagesordnungspunkt 5:****Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI**

Drucksache 19/27661 .....	27381 C
Heiko Maas, Bundesminister AA .....	27381 C
Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE) .....	27382 C
Petr Bystron (AfD) .....	27383 A
Jürgen Hardt (CDU/CSU) .....	27384 A
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) .	27385 A
Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE) .....	27385 C
Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	27386 B
Gisela Manderla (CDU/CSU) .....	27387 A
Thomas Erndl (CDU/CSU) .....	27387 C

**Tagesordnungspunkt 6:**

- Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Dr. Birke Bull-Bischoff, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Gute Bildung braucht gute Räume – Bundesmittel für Schul- und Hochschulbau**  
Drucksache 19/26564 ..... 27388 B
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Brandner, Sie haben das Wort.

**Stephan Brandner (AfD):**

Ich weiß gar nicht, ob ich feststehende Tatsachen behauptet habe. Aber ich will Sie nicht kommentieren; das ist ja auch verboten. Sonst kriege ich wieder einen Ordnungsruf.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ach! Er hat das verstanden!)

Ich habe ja nur nach der Anzahl gefragt. Sie sagen jetzt, das sei alles legitim und man dürfe das machen. Sie nennen aber nicht mal die Anzahl. Das schlechte Gewissen steht Ihnen aus meiner Sicht ins Gesicht geschrieben, da Sie nicht mal sagen, wie viele sich überhaupt angeboten haben. Aber sei es drum!

Ich habe in der Ausgangsfrage danach gefragt, was die größten Erfolge der Bundesregierung im Vergleich zu anderen Ländern bei der Coronabekämpfung waren. Da kam von Ihnen außer Ihrem charmanten Lächeln relativ wenig, und das finde ich angesichts der Verwerfungen in der Coronapolitik – Tausende Tote durch ausgefallene Operationen, Zunahme von anderen Erkrankungen, zum Beispiel Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen, Millionen Arbeitslose, psychische Erkrankungen, häusliche Gewalt, wir haben es gerade gehört, massiver Ausfall von Schulstunden und Universitätsunterricht, was ja Auswirkungen hat – natürlich sehr überschaubar.

(B) Vor diesem Hintergrund noch mal eine Frage: Das BMG hat ja 4,5 Milliarden Euro ohne Ausschreibung verteilt, um Masken und Schutzausrüstung zu beschaffen. Ich hoffe, davon ist nichts in Immobilienanlagen des Herrn Spahn geflossen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

Im Februar letzten Jahres wurden noch 13 Tonnen an Schutzmaterial an China, glaube ich, verschenkt.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege.

**Stephan Brandner (AfD):**

Was war das für eine Planung? Auf der einen Seite werden im Februar 13 Tonnen verschenkt, und danach werden 4,5 Milliarden Euro ohne Ausschreibung ausgegeben.

**Sabine Weiss, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:**

Herr Brandner, zunächst einmal glaube ich nicht, dass mir irgendein schlechtes Gewissen ins Gesicht geschrieben steht, weil ich gar kein schlechtes Gewissen habe

(Heiterkeit der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und auch keines haben muss. Deswegen: Lassen Sie doch diese Behauptung! Wir können hier auch einfach mal sachlich miteinander reden, ohne Unterstellungen. (C)

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das wäre mal was Neues bei diesen Gesellen hier!)

Ich gehe jetzt mal auf den Ursprung Ihrer Frage und auf Ihre Nachfrage ein. Sie fragen nach Vergleichen mit anderen Staaten bezüglich der Erfolge, und natürlich meinen Sie damit mittelbar auch Misserfolge. Wissen Sie, wir sind in einer Pandemie, einer globalen, weltweiten Pandemie, und nicht in einem sportlichen Wettkampf. Und diese Pandemie werden wir global nur alle gemeinsam bewältigen können. Wir können uns vergleichen, um täglich voneinander zu lernen, ja, aber nicht, um Erfolge oder Misserfolge im Sinne einer Konkurrenz festzustellen. Diese Pandemie müssen wir vielmehr gemeinsam bewältigen. Jetzt benutze ich in dem Zusammenhang einmal das Wort „Erfolg“. Ja, es ist dann ein Erfolg, wenn wir weltweit gemeinsam diese Pandemie bewältigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Damit beende ich die Fragestunde.

Herr Brandner, Sie können mich selbstverständlich, wenn wir miteinander korrespondieren, auch darauf hinweisen, dass Sie das gar nicht gesagt haben, was ich verstanden habe. Ich will nur darauf hinweisen, dass das Präsidium des Deutschen Bundestages eine Fürsorgepflicht hat, auch gegenüber Abgeordneten, die keiner Fraktion mehr angehören, solange sie aber jedenfalls dem Deutschen Bundestag angehören. Es geht darum, nicht den Eindruck zuzulassen, als sei etwas bereits feststehend, was noch Gegenstand von Ermittlungen ist. Das ist das Prinzip der Unschuldsvermutung, das auch für die Kolleginnen und Kollegen gilt. (D)

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Angriff auf die Menschenrechte in der Türkei – Konsequenzen für die deutsche und europäische Türkei-Politik**

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Claudia Roth das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter, lieber Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie hält die ganze Welt in Atem, überall kämpfen Menschen ums Überleben. Aber wir erleben noch eine andere Pandemie: die Gewalt- und Autoritarismuspandemie, wenn Autokraten und Diktatoren im Windschatten von Covid die elementarsten Menschen- und Freiheitsrechte mit Füßen treten. Und genau das passiert in der Türkei: eine Welle von Repressionen,

**Claudia Roth (Augsburg)**

- (A) die Entrechtung des Rechts, der Angriff auf die letzten mickrigen Reste von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einem von Erdogan zerrissenen Land.

Der Austritt aus der Istanbul-Konvention, vor zehn Jahren in Istanbul verabschiedet, ist im allerbittersten Wortsinn ein Schlag ins Gesicht der Frauen in der Türkei – einem Land, das mit an der blutigen Spitze der Femizide steht, und in dem, wie Amnesty International aufzeigt, im vergangenen Jahr 474 Frauen ermordet wurden; einem Land, in dem die Gewalt an und der Hass gegen Frauen brutaler Alltag sind.

Recep Tayyip Erdogan sei gesagt: Gewalt gegen Frauen ist kein Kavaliersdelikt!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Gewalt gegen Frauen ist kein Männervorrecht! Gewalt gegen Frauen ist keine Privatangelegenheit! Sie geht uns alle an, und deswegen stehen wir an der Seite der vielen, vielen mutigen Frauen, die sich gegen diese patriarchale Gewaltdominanz und gegen das unterdrückte Frauenbild der Islamisten in der AKP wehren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

- (B) Genauso geht uns das Verbotverfahren gegen die kurdisch geprägte HDP, die drittgrößte Partei, etwas an; denn es ist der Versuch Erdogans, die Opposition zu spalten, die Mitglieder, aber auch Millionen von Wählerinnen und Wählern der HDP, zu kriminalisieren und damit seinem faschistischen Koalitionspartner, der MHP, entgegenzukommen.

Wir stehen an der Seite der demokratischen Opposition, an der Seite von Künstlerinnen und Künstlern, Journalistinnen und Journalisten und der Zivilgesellschaft. Und wir vergessen sie nicht: Osman Kavala, Ahmed Altan, Selahattin Demirtas, Figen Yüksesdag, Eren Keskin, Ömer Gergerlioglu – stellvertretend für all die Frauen und Männer in türkischen Gefängnissen, die dort einsitzen wegen einer zur Strafverfolgungsbehörde des Präsidenten verkommenen Justiz.

All das geht uns sehr wohl etwas an,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

wie auch die Enteignung und die ideologische Einverleibung des Gezi-Parks, des wohl symbolträchtigsten Platzes der proeuropäischen, der demokratischen Türkei. Es geht uns etwas an; denn wir haben engste, jahrzehntelange Verbindungen in die und mit der Türkei durch unsere gemeinsame 60-jährige Migrationsgeschichte – Verbindungen mit dem NATO-Partner und dem EU-Beitrittskandidaten.

Daraus erwächst Verantwortung: Verantwortung für verantwortungsvolle Politik, nicht aber dafür, das schmutzige Spiel Erdogans mitzuspielen, der von einem „Menschenrechtsplan“ redet und ein „Reset“ in der Beziehung zur EU ankündigt. Wie zynisch ist das denn?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN) (C)

Und wenn Heiko Maas beschönigend von Licht und Schatten spricht, dann frage ich mich: Wo, bitte schön, ist denn das Licht? Wenn die EU jetzt mit Ursula von der Leyen ihre Aufwartung bei Erdogan machen will, der im Mittelmeer, in Syrien, im Nordirak aggressive Außenpolitik betreibt, dann ist das ein Hohn und verrät und enttäuscht alle Erwartungen der Demokratinnen und Demokraten an uns.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Es ist mir unbegreiflich, worauf der Optimismus von EU und Bundesregierung fußt. Schließlich entbehrt der massive autokratische Umbau der Türkei jeden Hauchs eines gemeinsamen Wertefundaments. Wenn Menschenrechte und Demokratie für die Bundesregierung mehr als warme Worte sind, dann muss sie endlich eine Kehrtwende in der Türkeipolitik einleiten und die Hebel wirksamer Maßnahmen auch nutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Den Beitrittsprozess beenden!)

Dazu gehören deutlich spürbare Sanktionen im politischen wie im wirtschaftlichen Sinn; keine Modernisierung der Zollunion; keine Investitionen, die Erdogans umweltzerstörenden Größenwahnprojekten und seiner Rüstungsindustrie zugutekommen; das Ende des im Kern asylrechtswidrigen und menschenrechtsverachtenden Flüchtlingsdeals und natürlich keine weiteren Rüstungsexporte – (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

und das übrigens in Übereinstimmung mit unseren eigenen Rüstungsexportrichtlinien.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**  
Frau Vizepräsidentin.

**Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns endlich da stehen, wo wir als Bundesrepublik stehen müssten: an der Seite aller Demokratinnen und Demokraten, an der Seite unserer Freunde und unserer Bündnispartner in der Türkei.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Roth. Frau Vizepräsidentin, ich darf auch Sie darauf hinweisen – um die Maske geht's mir gar nicht –, dass die Redezeit in der Aktuellen Stunde exakt fünf Minuten beträgt. Und darauf werde ich künftig achten. – Nächster Redner ist der Kollege Michael Brand, CDU/CSU-Fraktion.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) (Beifall bei der CDU/CSU)

**Michael Brand (Fulda) (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist keine Debatte nur um die Haltung einer einzelnen Regierung zu Menschenrechtsverletzungen in einem nicht unwichtigen Land. Heute reden wir über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Die EU befindet sich gerade, gemeinsam mit den USA und anderen, in einer globalen Auseinandersetzung mit der größten Diktatur der Erde, namentlich China. Diese Mosaiksteine – hier die Türkei, dort China, und auch Russland wäre hier zu nennen – gehören zum selben Bild. Die brutalen Menschenrechtsverletzungen, die offene Verachtung für freies Denken, ja für die Freiheit selbst, die das Regime Erdogan seit Jahren unter zynischer Missachtung aller internationalen Verträge praktiziert, sind nicht denkbar ohne den Hintergrund der als schwach empfundenen Demokratien, denen einfach nicht mehr zugetraut wird, dass sie sich tatsächlich wehrhaft zeigen, wenn es um die Verteidigung von Menschenrechten und Freiheit geht.

Wie schon in der Ära der globalen Bedrohung der Freiheit durch die Sowjetunion, so werden auch heute autoritäre Führer wie der türkische Präsident Erdogan durch diese Spekulation auf einen schwachen Westen und durch die Hoffnung auf eine Stärkung der autoritären Welt, dieses Mal unter Führung Chinas, in ihrem Kampf gegen die Freiheit ermutigt.

(B) Die Türkei ist NATO-Partner. Die NATO ist nicht nur ein militärisches Bündnis, sondern sie ist ein Bündnis von Staaten, die sich zur Verteidigung gemeinsamer Werte zusammengefunden haben. Das türkische Regime verletzt diese Werte auf offener Weltbühne, und das seit Jahren. Die türkische Regierung erpresst Europa. Sie droht, mal offen und mal weniger offen, europäische NATO-Partner mit unkontrolliertem Zustrom von Migration und Flüchtlingen zu destabilisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Drohung will sie nicht nur weitere Milliarden von der EU. Sie will auch unser Schweigen angesichts einer immer schlimmer werdenden Verfolgung unschuldiger Bürgerinnen und Bürger der Türkei im Inneren.

Partner reden miteinander, und hier müssen wir glas-klar bleiben. Wer erpressen will, der will und der kann kein verlässlicher Partner mehr sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Fragen sind von strategischer Natur. Auch wenn es in dieser Aktuellen Stunde keine fertigen Lösungen geben kann und auch wenn der Protest des Deutschen Bundestages gegen die brutale Unterdrückung der Menschenrechte in der Türkei nur ein Beispiel von vielen bleiben darf, um den Druck aufrechtzuerhalten: Insgesamt brauchen wir eine strategische Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik, um die wachsende Bedrohung durch die globale autoritäre Herausforderung erfolgreich beantworten zu können. Dazu zählt zualererst eine ehrliche Bestandsaufnahme. Wir müssen uns darüber klar werden, was wir für die Verteidigung der

Freiheit und der Menschenrechte bereit sind zu tun und manchmal auch zu opfern; denn vom Reden alleine ist noch nichts getan. (C)

Und dann, wenn man zur Tat schreitet, muss man das klug tun. Wir dürfen weder feige und opportunistisch sein, noch dürfen wir die internationale Lage durch falsche Schritte destabilisieren. Von einem allerdings müssen wir ausgehen: Nur dann, wenn die andere Seite spürt, dass wir notfalls dazu bereit sind, für unsere Überzeugungen, für die Menschenrechte auch einen gewissen Preis zu zahlen, werden wir ernst genug genommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, politische Waschlap- pen beeindrucken wirklich niemanden. Politische Wasch- lappen beeindrucken niemanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch haben wir es in der Hand, der globalen autoritären Herausforderung erfolgreich zu begegnen. Mehr noch haben es die Mutigen, die Tapferen, die ihre Freiheit und ihr Leben auch für unsere Werte riskieren, verdient, dass wir konkreter, besser werden in Wort und Tat. Klug ja, feige nein: Das muss unsere klare Haltung sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeord- neten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Brand. – Nächster Redner ist der Kollege Professor Lothar Maier, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

(D)

**Dr. Lothar Maier (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Her- ren! Der Begriff der Menschenrechte ist einer, der in der Türkei offenbar nicht bei allen gleichermaßen hohe Wert- schätzung findet. Ich musste das erleben, als ich vor we- nigen Jahren – das war vor Beginn dieser Legislaturpe- riode – in Ankara an einem Seminar teilnahm, in dem es um Verbraucherrechte ging. Ich sagte: Geschützt zu sein vor Betrug, vor Übervorteilung, vor gefährlichen Produk- ten, ist ein Menschenrecht, ein Grundrecht. – Darauf erhob sich Unruhe unter den Teilnehmern. Ein Teilneh- mer sagte: Hören Sie, der Begriff der Menschenrechte, der gefällt uns nicht, den benutzen wir nicht; Menschen- rechte, das ist nichts weiter als ein Kampfbegriff, den der Westen verwendet, um die Türkei dauernd auf die Ankla- gebank zu setzen.

Nun denkt sicherlich nicht jeder so in der Türkei. Es ist ein modernes Land. Das kann internationale Rechtsnor- men nicht einfach ignorieren. Es gibt auch eine immer breiter werdende gebildete Bevölkerungsschicht, in der Menschenrechte durchaus zum Wertekatalog gehören. Aber auch bei dieser Schicht finden Menschenrechte zwei Grenzen. Die eine ist der Islam – darüber möchte ich hier nicht weiter reden –, der ja sagt: Die Mensche- rechte finden ihre Grenzen da, wo der Koran etwas ande- res sagt. – Die andere ist – das soll mein Thema sein – ein ethnisch-kulturell geprägtes Bild vom Türkentum und seiner Mission. Daraus resultiert der Versuch, eine eth- nisch homogene Bevölkerung zu schaffen, zunächst in

**Dr. Lothar Maier**

- (A) der Türkei selbst, aber dann auch in von ihr beeinflussten Ländern. Das bedeutet: Minderheiten müssen entweder angepasst oder ausgemerzt werden.

Das zieht sich durch die ganze moderne türkische Geschichte. Es beginnt bei den Armeniern – der Kollege Braun wird dazu noch mehr sagen –; darüber haben wir uns hier im Haus ja schon des Öfteren unterhalten. Es gibt aber auch noch eine andere große Opfergruppe, von der weniger die Rede ist: Das sind die Griechen, von denen in dem Zeitraum von 1912 bis 1921 1,8 Millionen in den Kämpfen teils vertrieben, teils umgebracht worden sind. Die noch übriggebliebenen 13 000 Griechen, die danach in Istanbul – wie sie selber sagen würden: in Konstantinopel – noch lebten, sind erst 1964 vertrieben worden. 1974, zehn Jahre später, hat die Türkei den Nordostteil von Zypern besetzt und auch dort alle Griechen vertrieben.

Heute ist es der Versuch der türkischen Regierung, die türkische Bevölkerung im Ausland homogen zu erhalten. Präsident Erdogan hat die Assimilation an die Kultur und die Sprache der aufnehmenden Völker als Verbrechen bezeichnet. Erdogan hat bei einer Gelegenheit wörtlich gesagt:

Wir haben unsere Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Wir müssen überall sein, wo unsere Ahnen waren.

Stellen Sie sich vor, ein deutscher Politiker würde einen solchen Satz sagen, vielleicht sogar noch in Polen.

- (B) In Deutschland hat die türkische Politik eine Reihe von Instrumenten, um unsere Politik zu beeinflussen. Das sind die von einem türkischen Ministerium aus gesteuerten DITIB-Moscheevereine, es sind die Idealistenvereine, es sind die Grauen Wölfe. Es sind auch die omnipräsenten türkischen Medien, die von der türkischen Bevölkerungsgruppe vielfach intensiver genutzt werden als die deutschen Medien. Und es ist, nicht zu unterschätzen, der türkische Geheimdienst MIT, der nach den Angaben der Tageszeitung „Die Welt“ in Deutschland mit 6 000 Agenten die Deutschtürken überwacht und bespitzelt. Einer auf 500 – das Ministerium für Staatssicherheit der DDR wäre neidisch geworden.

(Beifall bei der AfD)

Die deutsche Politik muss nun nicht versuchen, unseren Wertekatalog in der ganzen Welt durchzusetzen. Sie muss ihn aber im eigenen Land durchsetzen, und das ohne Kompromisse. Das heißt auch: Keine Ehrenmorde, keine Zwangsverschleierungen, keine Zwangsheiraten, keine Clanstrukturen als Parallelwelt, keine Verächtlichmachung der aufnehmenden Gesellschaft und auch kein tägliches Neuaushandeln der Regeln des Zusammenlebens, wie es sich viele vorstellen. Diese Regeln sind bestimmt durch die deutschen Gesetze und durch das Grundgesetz.

(Beifall bei der AfD)

Die Kultur der Freiheit, meine Damen und Herren, will selbstbewusst sein. Dieses Selbstbewusstsein muss auch bewahrt werden gegenüber denen, die der Freiheit nicht viel abgewinnen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

(C)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Professor Maier. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabriela Heinrich, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Gabriela Heinrich (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Jahren brachte der Europarat ein wegweisendes Abkommen auf den Weg. Es ist das erste verbindliche Instrument, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern, um Opfer zu schützen und die Straflosigkeit der Täter zu beenden – kein Garant, aber ein unverzichtbares Instrument.

Als erstes Land hat die Türkei diese sogenannte Istanbul-Konvention 2012 ratifiziert. Jetzt ist es gerade die Türkei, die austreten will. Damit verlieren 42 Millionen Frauen in der Türkei ein wichtiges Instrument im Kampf um Gleichberechtigung. Und das gerade jetzt: Allein im vergangenen Jahr wurden in der Türkei mindestens 300 Frauen ermordet, nur weil sie Frauen waren; über die Dunkelziffer will ich gar nicht nachdenken.

Und gerade jetzt will sich Präsident Erdogan aus der Verantwortung ziehen. Seine Begründung für den Austritt ist der blanke Hohn: Er wolle die Normalisierung von Homosexualität unterbinden, und durch die Istanbul-Konvention sei ein Verstoß gegen traditionelle, soziale und familiäre Werte zu befürchten. Wenn er so etwas sagt, muss der türkische Präsident sich schon fragen lassen, welche Werte das denn bitte sein sollen. Hass und Gewalt? (D)

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Erbakans Werte!)

Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Wer so ein Abkommen ablehnt, kämpft nicht für traditionelle Familienwerte. Wer so etwas ablehnt, stellt grundlegende Menschenrechte infrage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Heinrich [Chemnitz] [CDU/CSU])

Präsident Erdogan eröffnet Spielraum für Gewalt und baut Schutzräume für Frauen ab. Was bedeutet das anderes, als das blanke Patriarchat durch ein Deckmäntelchen traditioneller Familienpolitik wieder salonfähig zu machen? Der Präsident sendet ein fatales Signal an alle Frauen im eigenen Land und letztlich an die gesamte türkische Gesellschaft: Frauen sind in der Türkei weniger wert. – Erst am Internationalen Frauentag wurde breit davor gewarnt, dass errungene Frauenrechte wieder zerschlagen werden.

Noch etwas: Länder wie Ungarn, Bulgarien und Tschechien haben die Istanbul-Konvention noch nicht ratifiziert. Sie sollten das jetzt umso schneller tun. Aber noch verwerflicher, als sie nicht zu ratifizieren, ist es, diese Errungenschaft einfach wieder zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gabriela Heinrich

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter Präsident Erdogan stehen nicht nur die Frauenrechte unter Druck, sondern noch viel mehr Menschenrechte. Der zweitgrößten Oppositionspartei, der HDP, droht das Verbot, weil sie Erdogan nicht in den Kram passt. Journalistinnen und Journalisten und Oppositionelle werden willkürlich inhaftiert. Wir mussten in den letzten Jahren auch zur Kenntnis nehmen, dass selbst ein deutscher Pass nicht vor Haft oder vor Hausarrest in der Türkei schützt.

Die türkische Regierung schränkt grundlegende Rechte ein. Aber in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Land ist es eben gerade nicht möglich, Oppositionsparteien zu verbieten und Hunderte Politikerinnen und Politiker mit einem Berufsverbot zu belegen. Im Umkehrschluss heißt das: Die Türkei ist schon lange nicht mehr rechtsstaatlich und demokratisch. Und deswegen bin ich auch der Meinung, dass es jetzt aus Berlin, aus Brüssel und vom Europarat Ansagen geben muss. Ich hoffe sehr, dass sich der Europarat wirksam einmisch und die Menschenrechtsverletzungen dort klar benannt werden. Und am Ende, wenn das alles nichts bringt und Präsident Erdogan weiterhin die Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs ignoriert, müssen die neuen Sanktionsmöglichkeiten starten und muss die Türkei vielleicht sogar ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Außenminister Maas hat bereits eine deutliche Botschaft nach Istanbul geschickt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die türkische Regierung auf, damit aufzuhören, rechtsstaatliche und menschenrechtliche Prinzipien mit Füßen zu treten. Der türkischen Opposition muss der Raum gegeben werden, sich im Rahmen des demokratischen Prozesses einbringen zu können. Und den türkischen Frauen muss die Möglichkeit garantiert werden, frei von häuslicher und sexualisierter Gewalt leben zu können – unter dem Schutz der Istanbul-Konvention.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

#### Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Heinrich. – Nächste Rednerin ist die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, die Kollegin Gyde Jensen, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

#### Gyde Jensen (FDP):

Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Freie Demokraten wollen eine enge Beziehung zur Türkei. Wir wollen eine freundschaftliche Beziehung zur Türkei, eine gute Beziehung. Und deshalb bedauern wir zutiefst, was aus dieser Beziehung unter Präsident Erdogan in den vergangenen Jahren geworden ist.

(C) Eine gute Beziehung baut auf Vertrauen auf. Und Vertrauen wiederum baut darauf auf, dass man Dinge miteinander vereinbart, an die man sich im Anschluss auch hält. Gute Beziehungen, Herr Erdogan, die kann man nicht erpressen, indem man im Mittelmeer mit Säbeln rasselt oder die verwundbarsten Mitglieder einer Weltgemeinschaft, die Geflüchteten, als Faustpfand einsetzt. Gute Beziehungen, Herr Erdogan, die erhält man nicht durch Täuschung und Augenwischerei – eine Täuschung wie am 2. März, als der türkische Präsident seinen sogenannten Aktionsplan für Menschenrechte vorstellte, sicher auch mit einem Seitenblick auf seine Charmeoffensive an die EU und das Angebot eines Neustarts der EU-Beziehungen. Das ist Augenwischerei, weil Erdogan seit der Ankündigung dieses Aktionsplans für Menschenrechte keinen einzigen politischen Gefangenen freigelassen hat, kein einziges Urteil des EGMR umgesetzt hat – nicht dass er das vorher wirklich häufig getan hätte –, einem der profiliertesten Menschenrechtspolitikern des Landes, Ömer Faruk Gergerlioglu, das Mandat und damit die Immunität entzogen hat und ihn zeitweise sogar inhaftieren ließ sowie juristische Schritte einleiten ließ, um die Oppositionspartei HDP zu verbieten.

Der traurige Höhepunkt – darüber haben wir hier in dieser Debatte schon gesprochen – folgte dann am Wochenende mit dem Austritt aus der Istanbul-Konvention. Per Präsidialdekret wurden die Frauen in der Türkei zu Bürgerinnen zweiter Klasse degradiert. Dieser Schritt ist natürlich nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Frauenrechte in der Türkei, es ist vor allen Dingen ein Austritt mit Symbolkraft; denn am 11. Mai 2011 wurde diese Konvention verabschiedet, und zwar in Istanbul als symbolischem Ort nicht nur für die historischen Fortschritte im Menschenrechtsschutz, sondern auch für die Wirkmacht unserer multilateralen Ordnung. (D)

Außenminister Maas bezeichnete diesen Austritt aus der Konvention am Montag am Rande des EU-Außenministertreffens ganz lapidar als – ich zitiere – „falsches Zeichen“. Bereits in dieser Antwort, meine Damen und Herren, zeigt sich die Türkei-Politik der Bundesregierung in ihrer ganzen Problematik: Kritik am türkischen Präsidenten ist für Sie eine reine politische Pflichterfüllung, die mit einer Phrase abgearbeitet wird.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Jürgen Braun [AfD] und Heike Hänsel [DIE LINKE])

Vor allen Dingen in Zeiten, in denen die Bundesrepublik den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates hat, Herr Minister – er ist nicht anwesend; deswegen schaue ich jetzt Herrn Roth an –, hätten Sie eine Verantwortung gehabt, viel deutlicher zu werden; denn zwei Drittel der Zeit im Ministerkomitee sind bereits um.

Der Journalist Deniz Yücel schrieb am 22. März für „Die Welt“ – ich zitiere –:

Die Türkei ist dabei, sich von einer korrupten Autokratie in eine islamistisch-nationalistisch gefärbte (und korrupte) Diktatur zu verwandeln.

Dieser Prozess, meine Damen und Herren, ist seit vielen Jahren erkennbar, und wir haben derzeit leider keinen Anlass zur Hoffnung, dass sich dieser Prozess wieder

**Gyde Jensen**

- (A) umkehren wird. Deshalb ist es auch an der Zeit, ein kleines bisschen mehr Ehrlichkeit in der Türkei-Politik walten zu lassen. Eine Türkei, die auf dem Weg in eine Diktatur ist, kann keine EU-Beitrittskandidatin sein, meine Damen und Herren von der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Wir Freie Demokraten fordern deshalb schon sehr lange, die Beziehungen zur Türkei in einem Grundlagenvertrag neu zu regeln. Der Fokus unserer Türkei-Politik muss sich ein Stück weit verschieben. Die Zivilgesellschaft in der Türkei muss unsere neue Partnerin sein. Deswegen brauchen wir gerade jetzt einen Ausbau von Austauschprogrammen mit der Türkei für Studentinnen und Studenten und junge Berufstätige. Wir müssen gerade jetzt Medienprojekte unterstützen, die unabhängig über die türkische Politik auf Türkisch berichten. Gerade jetzt müssen wir im Europarat alle uns zur Verfügung stehenden Mechanismen nutzen, damit EGMR-Urteile umgesetzt werden. Und wenn Eskalationen seitens Erdogan Konsequenzen der EU und der Bundesregierung notwendig machen, dann müssen dies Konsequenzen sein, die nicht die türkische Zivilgesellschaft treffen, sondern den Präsidenten selbst und diejenigen, die das System Erdogan stützen. Und schließlich – das muss uns allen klar sein, meine Damen und Herren – brauchen wir ein menschenrechtskonformes, ein funktionierendes Asyl- und Migrationssystem in der EU; denn das ist die entscheidende Grundlage dafür, dass die EU sich nicht länger erpressen lassen muss.

- (B) (Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin – sie hört diese Debatte hoffentlich irgendwie –, bitte nehmen Sie die Gedanken aus dieser Debatte mit zum EU-Gipfel morgen und besprechen Sie dort genau die nächsten Schritte. Enttäuschen Sie die Millionen Türiinnen und Türken nicht, die ihre Zukunft immer noch in der EU oder zumindest in enger Verbundenheit mit der EU sehen. Denn unsere Solidarität gilt den Journalistinnen und Journalisten, den Politikern, den Menschenrechtsverteidigern, all denjenigen wie Osman Kavala, die unrechtmäßig inhaftiert sind.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Gyde Jensen (FDP):**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Sie gilt den Studentinnen und Studenten, die an der Bogazici-Universität für Wissenschaftsfreiheit kämpfen, und natürlich all den Türiinnen, die gerade dafür kämpfen, dass sie eben nicht Bürgerinnen zweiter Klasse in der Türkei werden.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, bitte jetzt!

**Gyde Jensen (FDP):**

Genau das muss auch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU besser ablesbar sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Jensen. Auch für die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses gilt die Fünf-Minuten-Regel bei Aktuellen Stunden. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Sevim Dağdelen, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Innen- sowie außenpolitisch hat der türkische Staatspräsident Erdogan seinen Kurs in Richtung islamistischer Unterdrückungsstaat verschärft. Nach den Tausenden, wirklich Abertausenden Verhaftungen von Politikerinnen und Politikern der Demokratischen Partei der Völker – der zweitgrößten Oppositionspartei, landesweit drittgrößten Partei – und den zahlreichen Amtsenthebungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die zuvor demokratisch gewählt worden sind, kommt jetzt das Verbot dieser Oppositionspartei in der Türkei. Zugleich hat Erdogan als Staatspräsident die frauenfeindliche Agenda seiner islamistisch-faschistischen Koalition aus AKP und MHP – anders kann man das nicht beschreiben – exekutiert und per Dekret den Austritt aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt erklärt. Er zeigt uns, was Frauenrechte wert sind bei Moslembrüdern und völkischen Menschen.

Außenpolitisch hält die Türkei weiterhin völkerrechtswidrig Teile Syriens und auch Iraks besetzt

(Zuruf des Abg. Jürgen Braun [AfD])

und hat dort gemeinsam mit islamistischen Terrorbanden der al-Qaida und der Ahrar al-Scham ein Schreckensregime in Teilen errichtet. In Bergkarabach hat Erdogan der aserbaidschanischen Familiendiktatur Alijew mitgeholfen, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen und Armenier in Bergkarabach abzuschlachten. Und jetzt zündelt er durch die Lieferung türkischer Kampfdrohnen in die Ukraine an einem neuen Krieg im Donbass.

Während das Leben in der Türkei für normale Menschen immer schwieriger wird, bereichern sich Erdogan und seine Clique und setzen auf innenpolitische Repression und außenpolitisches Abenteuerium.

Und das Erschreckende ist, dass wir nicht nur über das reden müssen, was in der Türkei passiert, sondern auch über das, was hier in Berlin und in Brüssel passiert. Das Erschreckende ist, dass vor diesem EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag alles darauf hindeutet, dass die Europäische Union ihr NATO-Land Türkei weiterhin unterstützen möchte mit Waffen und üppigen Wirtschaftshilfen. Ich finde, es ist wirklich abenteuerlich, was Sie als Bundesregierung hier für Politik machen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

(C)

(D)

**Sevim Dağdelen**

- (A) Es ist doch absurd, dass nach dem jüngsten politischen Amoklauf von Erdogan gegen die Opposition, gegen demokratische Rechte, gegen Frauen in der Türkei jetzt von einer – ich zitiere – „positiven Agenda“ gesprochen wird,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das finde ich auch! – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Skandalös!)

dass jetzt davon gesprochen wird, dass man die Zollunion erweitern solle. Die Zollunion muss eingefroren werden, weil die Türkei Rechtsverstöße begeht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie erkennt Zypern nicht an und lässt die Waren von dort auch nicht im Hafen einlaufen. Das heißt, es gibt eine Akzeptanz der Rechtsverstöße der Türkei. Das treibt die Heuchelei in Sachen Menschenrechte bei der Bundesregierung und auch der Europäischen Union wirklich auf die Spitze.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas spricht von Licht und Schatten in der Türkei. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dieser Tage von Licht sprechen, ist das nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht der mutigen Frauen in der Türkei.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ein Schlag ins Gesicht aller Frauen.

- (B) Sie sprechen davon, weiterhin Rüstungsgüter liefern zu wollen. Ich sage Ihnen: Wer wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Heiko Maas alles tut, um Erdogan weiter mit Waffen und Wirtschaftshilfen zu stützen, der macht seine Kritik nicht nur unglaubwürdig, nein, der macht sich auch mitschuldig an der politischen Verfolgung von Demokratinnen und Demokraten in der Türkei,

(Beifall bei der LINKEN)

der macht sich mitschuldig daran, dass das Erdogan-Netzwerk hier in Europa Andersdenkende bedroht und – wie im Fall meiner geschätzten Kollegin Berivan Aslan in Österreich – die Mordkommandos des türkischen Geheimdienstes losschickt, um Kritikerinnen und Kritiker auf europäischem Boden zu bedrohen und zu attackieren.

Es ist in diesem Zusammenhang mehr als beunruhigend, dass der deutsche Innenminister Horst Seehofer trotz der Forderung des Deutschen Bundestages, die türkischen faschistischen Organisationen der Grauen Wölfe in Deutschland zu verbieten, diesen Verbotsauftrag bis heute verschleppt und alles tut, um uns hier ein organisiertes Staatsversagen vorzuführen. Das ist inakzeptabel!

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss etwas gegen die türkischen Faschisten in diesem Land getan werden. „Keinen Fußbreit den Faschisten“ heißt nicht nur „keinen Fußbreit den deutschen Faschisten“, auch die türkischen Faschisten gehören dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer wirklich helfen möchte, der darf es nicht bei wortreicher Kritik belassen. (C)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin.

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Wortreiche Kritik ohne jedwede Konsequenz ist keine Hilfe für die bedrängten Demokratinnen und Demokraten. Jetzt ist die Zeit zum Handeln. Solidarität mit den Frauen in der Türkei, Solidarität mit der HDP –

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, bitte.

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

– ich komme zum Ende – und allen demokratischen Kräften in der Türkei, auch den Studierenden der Bogazici-Universität –

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Frau Kollegin, bitte jetzt.

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

– bedeutet nichts anders als: Klare Kante gegen Erdogan und Einstellung der Unterstützung für Erdogan! Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Ich weiß gar nicht: Funktioniert die Uhr da vorne nicht mehr?

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Ich habe es nicht gesehen, Herr Präsident!)

– Ist klar. – Herzlichen Dank, Frau Kollegin.

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Andreas Nick, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Andreas Nick (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Türkei ist seit 1950 de facto Gründungsmitglied des Europarats. Damit hat sie sich selbst zur Einhaltung höchster Standards im Hinblick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verpflichtet. Es ist unbestreitbar, dass sich die türkische Regierung mehr und mehr von diesen elementaren Verpflichtungen entfernt. Damit gerät die innere Verfasstheit der Türkei aber auch immer stärker in Gegensatz zu ihren eigenen strategischen Interessen; denn zu diesen gehört zweifelsohne eine möglichst enge Anbindung an Europa.

Ich will festhalten: Die Bürgerinnen und Bürger der Türkei haben in den letzten Jahren immer wieder ihre besondere Wertschätzung für die parlamentarische und pluralistische Demokratie zum Ausdruck gebracht, nicht zuletzt durch hohe Wahlbeteiligungen bei nationalen wie

**Dr. Andreas Nick**

- (A) kommunalen Wahlen. Fairer und offener politischer Wettbewerb bei freien Medien ist aber eine grundlegende Voraussetzung für den demokratischen Prozess. Nur so kann eine legitime Vertretung der Vielfalt von Meinungen und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger eines Landes erreicht werden.

In aller Klarheit: Politische Konkurrenten zu kriminalisieren, gewählte Bürgermeister in großer Zahl ihres Amtes zu entheben, Parlamentsabgeordneten ihr Mandat zu entziehen oder sie gar zu verhaften – das ist völlig inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN und der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In aller Klarheit: Parlamentarier gehören ins Parlament und nicht ins Gefängnis!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die HDP durch die türkische Generalstaatsanwaltschaft ist nun eine weitere Eskalation auf diesem Weg.

Zu den vorrangigen Verpflichtungen eines Mitgliedsstaates im Europarat gehören die Einhaltung und Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Wir fordern daher mit allem Nachdruck, dass die Türkei dieser Verpflichtung in einer Reihe prominenter Fälle endlich umfassend nachkommt.

- (B) (Beifall des Abg. Frank Schwabe [SPD])

Insbesondere der Kulturförderer Osman Kavala und der frühere HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtas müssen endlich freigelassen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen ausdrücklich, Herr Staatsminister Roth, dass die Bundesregierung die Umsetzung der Urteile des EGMR zu einer ihrer obersten Prioritäten in ihrem Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates gemacht hat. Mit Blick auf die Türkei hat das jetzt auch klare Konsequenzen: Die Fälle Kavala und Demirtas werden künftig – das haben Sie am Freitag angekündigt – bei jeder Sitzung des Ministerkomitees auf der Tagesordnung stehen, bis sie zufriedenstellend geklärt sind. Es muss allen klar sein: Wenn es hier nicht zu einer Lösung kommt, stellt die Türkei ihre Mitgliedschaft im Europarat selbst infrage.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das haben wir auch am Freitag im Ständigen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung sehr deutlich gemacht.

Es ist vielleicht auch kein Zufall, dass wenige Stunden später Staatspräsident Erdogan den Rückzug der Türkei aus dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – das ist die sogenannte Istanbul-Konvention – verkündet hat. Das ist umso unverständlicher und schmerzhafter, da es ja ursprünglich die Türkei selbst

war, die dieses Abkommen während ihres Vorsitzes im Ministerkomitee vor gut zehn Jahren vorangetrieben hat. Und es war die Große Nationalversammlung der Türkei, die 2012 als erstes Parlament überhaupt die Istanbul-Konvention ratifiziert hat – damals übrigens einstimmig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gewalt gegen Frauen, insbesondere häusliche Gewalt, zu verhindern, den Opfern Schutz und Hilfe zu gewährleisten und die Täter strafrechtlich zu verfolgen – im Hinblick auf diese Ziele kann es in unserer Zeit doch nicht ernsthaft Dissens geben. Wir rufen die türkische Regierung deshalb dringend auf, die Frauen in der Türkei dieses wichtigen Instruments gegen Gewalt nicht zu berauben und das europaweite Schutzsystem der Konvention nicht zu schwächen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir im Westen haben mit Blick auf die Türkei unsererseits weiterhin ein vitales Interesse an einer prosperierenden Türkei mit einer stabilen Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft und mit einer starken Orientierung nach Westen und mit einer Anbindung an Europa. Es ist gut, dass es in den letzten Wochen zwischen der EU und der Türkei wieder zu vermehrtem Dialog in außenpolitischen Fragen gekommen ist; das ist zur Überwindung einiger aktueller Konflikte dringend notwendig. Aber es ist völlig klar: Einer positiven Agenda sind äußerst enge Grenzen gesetzt, wenn die Türkei ihren elementaren Verpflichtungen als Mitglied des Europarates nicht nachkommt und ihre institutionelle Anbindung an Europa damit weiter erodiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Dr. Andreas Nick. – Ich begrüße Sie recht herzlich – in einer anderen Rolle –, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Ich erteile das Wort dem nächsten Redner: für die AfD Fraktion Jürgen Braun.

(Beifall bei der AfD)

**Jürgen Braun (AfD):**

Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Präsidentin! Auch für Sie gilt das.

**Jürgen Braun (AfD):**

Das generische Maskulinum – das gilt –

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie sind einfach ein oller Flegel und sonst nichts!)

ist die deutsche richtige Anrede, die ist bis heute gültig.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

So, dann bekommen Sie einen Ordnungsruf von mir; denn es gibt einen Beschluss, dass Sie die Präsidentinnen als Präsidentin bezeichnen.

Vizepräsidentin Claudia Roth

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU] und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Ich erteile dem Abgeordneten Braun einen Ordnungsruf.

**Jürgen Braun (AfD):**

Gut. Das korrekte Deutsch gilt für alle.

(Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind hier nicht bei Erdogan! – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Das ist der Geist Erdogans! – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Das ist Ihr Beitrag zur Istanbul-Konvention!)

Ich bitte, die Zeit anzuhalten, wenn hier in dieser Form in meine Redezeit eingegriffen wird. So.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Sie haben gar nichts zu bitten,

(Dr. Harald Weyel [AfD]: Reden darf man doch wohl!)

Sie haben jetzt zu reden, oder Sie hören auf zu reden. So.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

**Jürgen Braun (AfD):**

- (B) Die Istanbul-Konvention ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag. Der türkische Präsident Erdogan hat den Austritt aus der Konvention verkündet. Ein fatales Zeichen ist gesetzt. Erdogan missachtet die Frauenrechte.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Das passt jetzt gut zu Ihrer Anrede!)

Die türkische Oppositionspartei, CHP, teilt mit: Der Austritt bedeutet, dass – so wörtlich – Frauen Bürger zweiter Klasse sind und getötet werden.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt der Richtige! – Josephine Ortleb [SPD]: Das kommt mir sehr bekannt vor!)

– Ich habe jetzt das Wort, Entschuldigung.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und ich darf Zwischenrufe machen!)

Die Grünen haben diese Aktuelle Stunde verlangt. Die Grünen müssen offensichtlich etwas korrigieren, müssen sich rechtfertigen; denn sie sind eigentlich alte Erdogan-Fans,

(Frank Schwabe [SPD]: Was?)

Beifallklatscher für den Despoten.

(Frank Schwabe [SPD]: Was?)

Die Frauenrechte in der Türkei waren ihnen lange Zeit völlig egal –

(Beifall bei der AfD – Josephine Ortleb [SPD]: Unglaublich!)

allzu oft völlig blind gegenüber der Gefahr aus dem legalistischen Islam, allen voran Claudia Roth: Sie umarmt ja auch Massenmörder aus dem Iran gerne mal und grüßt sie mit einem kumpelhaften High five.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf –

**Jürgen Braun (AfD):**

Eigentlich war Staatschef Erdogan –

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Präsidentin redet!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

– und erbitte, dass das morgen im Ältestenrat thematisiert wird.

**Jürgen Braun (AfD):**

– Ihr edler Held gegen das böse türkische Militär. – Ich bleibe bei der Sache im Gegensatz zu anderen hier.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rausschmeißen muss man solche Leute!)

Als Erdogan an die Macht gekommen war, gehörten die Grünen als Regierungspartei zu den ganz lauten Trommlern für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Und immer war Erdogan der große Held gegen das böse, böse Militär. Ein zu großer Einfluss des Militärs auf die Politik ist natürlich schädlich; aber die starke Generalität hat die islamische Radikalisierung der Türkei lange Zeit verhindert. Genau diese Radikalisierung betreibt jetzt Erdogan. Erdogans islamistische Gesinnung ist es, die Jahr für Jahr Hunderte von Frauen das Leben kostet. (D)

Frauenrechte sind wichtig. Die AfD-Fraktion betrachtet mit großer Sorge die Entwicklung in der Türkei. Erdogans Scharia-Politik kostet Zigttausende von Menschenleben. Seyran Ates, die mutige Berliner Anwältin, muss unter ständigem Polizeischutz leben, weil sie den politischen Islam kritisiert, und das mitten in Deutschland. Seyran Ates schreibt – Zitat –:

Ein Gutteil der muslimischen Jugendlichen in Deutschland denkt mittlerweile islamisch-identitär. Das haben wir den vom türkischen Staatsislam dominierten Verbänden zu verdanken – und der ständigen Klassifizierung kritischer Auseinandersetzung damit als ‚rechts‘.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Sie will trotzdem nicht von Ihnen vereinnahmt werden, Herr Braun! Von Ihnen ganz bestimmt nicht!)

Die Armenienresolution: Hundert Jahre hat das deutsche Parlament gebraucht, um diesen Völkermord als das zu benennen, was er ist. Die Bundeskanzlerin und Herr Steinmeier sprechen immer noch nicht von Völkermord, und die Resolution wird nach wie vor durch den Bundestag nicht ernsthaft umgesetzt.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Das stimmt nicht! Der Bundestag hat es benannt!)

Jürgen Braun

- (A) Aber das ist auch kein Wunder. Die CDU pflegte ihre Partnerschaft zur Erdogan-Partei AKP. In der SPD geben sich türkische Funktionäre die Türklinke in die Hand. Diese Funktionäre hetzen massiv gegen Armenier. Die etablierten Altparteien sind mit den Leugnern des Völkermords verbündet. Sie sind damit ganz, ganz tief in die Leugnung des Völkermords an den Armeniern verstrickt.

Nur die AfD steht konsequent an der Seite der Armenier.

(Beifall bei der AfD – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Der Bundestag hat das beschlossen ohne Ihre Stimmen! Das ist eine Unverschämtheit! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ein Unsinn!)

Sir Karl Popper sagte:

Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, erzeugt stets die Hölle. Dieser Versuch führt zu Intoleranz, zu religiösen Kriegen und zur Rettung der Seelen durch die Inquisition.

Wer den Himmel verspricht, aber die Hölle bringt: Diese Hölle bringen Kommunisten und Sozialisten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Davon verstehen Sie so viel wie der Fisch vom Fahrradfahren!)

Es geht in der Außenpolitik nicht darum, was der Himmel ist, sondern es geht vor allem in der Menschenrechtspolitik darum, was weniger Hölle ist. Der Einfluss der früheren kemalistischen Generalität in der Türkei war weit weniger Hölle als der Islamismus. Und eines muss die Bundesregierung sofort leisten: Die Beitrittsverhandlungen der Türkei zur Europäischen Union müssen sofort beendet werden, und zwar restlos.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen herzlichen Dank Ihnen. – Nächster Redner: für die SPD-Fraktion Frank Schwabe.

(Beifall bei der SPD)

**Frank Schwabe (SPD):**

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Das, was wir im Moment in der Türkei erleben, hat innenpolitische Gründe und nichts anderes. Ich glaube, man muss klar analysieren: Es ist der Versuch des Machtverlusts, weil nämlich Machtverlust droht. Man muss sich nur die Umfragen angucken, dann weiß man, wie es eigentlich um Erdogan steht. Deswegen gibt es den Versuch, die Lage zu eskalieren. Bei allem außenpolitischen Bemühen und bei aller Wertschätzung dessen, was die Türkei auch leistet, zum Beispiel in der Frage von Geflüchteten, ist klar: Es darf keinen menschenrechtlichen Kredit geben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Opfer der aktuellen innenpolitischen Lage und des Eskalierens durch Präsident Erdogan sind Studentinnen und Studenten, sind Herr Kavala und Herr Demirtas, die eben nicht aus dem Gefängnis entlassen werden, obwohl

der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das so bestimmt hat, sind die HDP, aber auch die CHP als Oppositionsparteien und sind insbesondere auch die Frauen.

Übrigens, das muss man ja auch mal sagen: Da gibt es eine absurde Koalition. Die Frage von Menschenrechten ist eben keine von Ost oder West und auch keine von Religionen. Vielmehr gibt es eine absurde Koalition aus extrem konservativen Muslimen in der Türkei und zum Beispiel extrem konservativen Christen in Polen. Mich würde mal interessieren, wo die AfD in dieser Koalition eigentlich wäre.

(Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mittendrin!)

Das sind nämlich diejenigen, die Frauenrechte missachten, die am Ende gegen die Istanbul-Konvention kämpfen. In Polen wird gerade eine Alternative dazu vorbereitet. Das ist das Spiel, das dort entsprechend betrieben wird.

Womit Herr Erdogan, glaube ich, nicht gerechnet hat, ist der große internationale Protest, im Übrigen auch aus Deutschland. Deutschland hat sich in der Präsidentschaft des Europarats gemeinsam mit anderen Institutionen des Europarats am Wochenende klar positioniert, wie auch Herr Biden, der Präsident der USA, die Vereinten Nationen usw. Das heißt, wir kriegen noch eine große Debatte über die Istanbul-Konvention, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Andreas Nick [CDU/CSU])

(D)

Bei den Attacken auf die HDP geht es eben nicht darum, dass sich die HDP in den letzten Jahren radikalisiert hätte; das Gegenteil ist der Fall. Es geht darum, dass die HDP eine neue Strategie eingeschlagen hat und in den Großstädten der Türkei Unterstützung gefunden hat und deswegen dauerhaft möglicherweise über 10 Prozent der Wählerinnen- und Wählerstimmen bekommt. Das ist die Gefahr, die Erdogan droht. Deswegen gibt es jetzt die Angriffe auf die zweitgrößte Oppositionspartei in der Türkei: Mittlerweile sind 10 000 Mitglieder inhaftiert, 50 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden abgesetzt. Und jetzt soll eben der finale Schlag gegen die HDP erfolgen: nicht nur ein Verbot der Partei, sondern auch ein Verbot für knapp 700 Mitglieder, für fünf Jahre politisch tätig zu sein. Das ist eigentlich nur vergleichbar mit dem Militärputsch 1980, wo Menschen auch mit einem solchen Politikverbot belegt worden sind.

Wie wenig unabhängig die türkische Justiz ist, zeigt sich daran, wie mit dem Thema der Aufhebung der Immunität von Abgeordneten gespielt wird. Es sind mittlerweile deutlich mehr als 1 000 Verfahren gegen Abgeordnete im türkischen Parlament auf dem Weg. Davon betreffen nur 15 Verfahren die AKP und die MHP – nur 15, weil die wahrscheinlich alle so wenig kriminell sind –; aber über 200 die CHP und über 900 die HDP.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Was macht denn Ihre Regierung dagegen? Die Fakten kennen wir alle!)

**Frank Schwabe**

- (A) Der aktuelle Fall ist genannt worden: Ömer Faruk Gengerlioglu, der als Menschenrechtler und als Abgeordneter anerkannt ist, soll wegen eines Tweets für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis.

Zum Europarat. Ich glaube, wir müssen noch mal miteinander darüber reden, was der Europarat ist und was er leisten kann. Er ist etwas anderes als die Europäische Union. Die Europäische Union hat nur die Möglichkeit, Sanktionsinstrumentarien zu nutzen; die sind mittlerweile geschärft worden und müssen auch genutzt werden. Der Europarat ist aber etwas anderes. Der Europarat hat die Möglichkeit, in Ländern zu agieren, weil nämlich Staaten – auch die Türkei – Souveränitätsrechte abgegeben haben. Sie haben sich den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unterworfen. Sie lassen zu, dass zum Beispiel das Antifolterkomitee Monitoringmissionen in einem Land durchführen kann. Deswegen bitte ich alle, noch mal darüber nachzudenken und nicht zu leichtfertig mit der Frage der Mitgliedschaft im Europarat zu spielen; denn der Europarat ist nicht für die Staaten und nicht für die Präsidenten gemacht, sondern für die Menschen in den Staaten. Und in dem Moment, wo ein Land nicht mehr im Europarat ist – man kann das nur einmal tun –, ist dann eben auch Schluss mit der Möglichkeit der Verteidigung der Menschenrechte.

Aber eines will ich am Ende noch sagen – meine Zeit ist gleich abgelaufen –:

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nur deine Redezeit, Frank!)

- (B) Das heißt nicht, dass es keine roten Linien im Europarat gibt. Eine dieser roten Linien ist hier in der Tat die Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Und wenn die Türkei nicht in den nächsten Wochen, würde ich sagen, Herrn Kavala und anschließend Herrn Demirtas freilässt, dann ist diese rote Linie überschritten, dann wird Artikel 46 Absatz 4 des Vertrages entsprechend Anwendung finden müssen.

(Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da nehmen wir euch beim Wort!)

Und das kann dann dazu führen, dass die Türkei entweder das umsetzt oder am Ende eben nicht mehr Mitglied des Europarates sein kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frank Schwabe. – Nächster Redner: für Bündnis 90/Die Grünen Cem Özdemir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns die Türkei-Politik der Bundesregierung genauer anschauen, dann merken wir sehr schnell: Zwischen Reden einerseits und Handeln andererseits klafft leider eine Lücke. In ihren gedruckten Pressemitteilungen findet sich berechtigterweise Kritik an der

immer katastrophaler werdenden Menschenrechtslage in der Türkei; aber im Regierungshandeln schlägt sich diese Kritik leider nicht nieder.

Wo sind denn die Konsequenzen für Erdogan aus seiner Unterdrückungspolitik für Andersdenkende? Wo ist die Reaktion auf seine aggressive Außenpolitik? Was tun Sie gegen seinen Versuch, Hass und Hetze auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten und seine Kritikerinnen und Kritiker sogar hier in Deutschland einzuschüchtern? Wo merke ich an Ihrem Handeln, dass Erdogans langer Arm hier nichts verloren hat?

Als Demokratinnen und Demokraten muss unsere Solidarität all denen gelten, die sich in der Türkei – oft genug unter Einsatz ihrer wirtschaftlichen Existenz, ihrer Freiheit und manchmal sogar unter Einsatz ihres Lebens – für unsere gemeinsamen Werte einsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Journalist Deniz Yücel, über den wir hier ja schon früher geredet haben, hat richtig beschrieben, worum es geht: Wir brauchen mit der Türkei eine Partnerschaft, aber keine Komplizenschaft.

Über 400 Morde an Frauen hat es in der Türkei im letzten Jahr gegeben. Und was tut Erdogan? Er tritt aus der Istanbul-Konvention aus, die dazu dient, diese Gewalt gegen Frauen zu verhindern und zu bekämpfen, statt stolz darauf zu sein, dass dieses Abkommen den Namen einer wunderschönen türkischen Stadt trägt. Statt Frauen vor Gewalt zu schützen, liefert er sie ihrem Schicksal aus. Wie schwach ist dieser Präsident eigentlich? (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU])

Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention belegt einmal mehr, was wir auch von seinen Brüdern im Geiste in Deutschland und Europa gewohnt sind: Autoritäre, Rassisten, Islamisten, Rechtsextremisten sind eben immer auch Frauenfeinde, wie wir vorhin gerade gesehen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU] und Gyde Jensen [FDP])

Meine Damen, meine Herren, Erdogan macht aber nicht nur Geschenke an die Islamisten, nein, mittlerweile auch an die Mafia, die er sich als Koalitionspartner in Form der MHP an die Seite gestellt hat. Das Verbotverfahren gegen die prodemokratische HDP ist da nur die Spitze des Eisbergs. Umso befremdlicher ist – das muss ich nach dieser Debatte jetzt schon noch mal sagen; ich habe gerade Frank Schwabe aufmerksam zugehört; bei jedem Wort habe ich geklatscht oder hätte ich klatschen können; nur, das korrespondiert nicht mit der Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes, lieber Kollege –, dass sich die Pressemitteilung zum HDP-Verbot so liest, als ob sie mit der türkischen Botschaft abgestimmt wäre.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

**Cem Özdemir**

- (A) Ich wünsche mir aber eine Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die Bezug nimmt auf die Ereignisse in der Türkei und nicht auf das, was Herr Erdogan lesen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nein, meine Damen und Herren, Herr Erdogan ist keiner, der einen Kuschelkurs belohnt – man darf in der Aktuellen Stunde keine Zwischenfragen stellen; ein Blick in die Geschäftsordnung bildet weiter –; deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Setzen Sie sich – Sie haben es hier jetzt mehrfach gehört – beim Europäischen Rat endlich für konsequentes Handeln ein! Es gibt viele Möglichkeiten: gezielte Wirtschaftssanktionen, beispielsweise gerichtet an diejenigen an der Spitze der AKP und der MHP, die sich daran beteiligen, dass das Eigentum von Leuten, die bei uns Schutz gesucht haben, ihnen in der Türkei widerrechtlich, auch nach türkischem Recht, geklaut wird. Nutzen Sie den Menschenrechtsmechanismus der EU! Beginnen Sie ein Ausschlussverfahren der Türkei aus dem Europarat! Wenn es diese Regierung nicht macht, dann die nächste. Und: Stellen Sie endlich die deutsche und die europäische Türkei-Politik an die Seite der aktuellen US-Administration, der Biden-Regierung, und machen Sie effektiven Druck auf die Regierung Erdogan!

- (B) (Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Dann seid doch mal konsequent und verlangt das in den Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union! Ihr seid inkonsequent!)

– Leider reicht die Zeit nicht, darauf einzugehen, lieber Kollege Lambsdorff.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Weil die AfD in den Debatten hier mehrfach den Eindruck erweckt hat, als ob das Problem ein kulturelles wäre, nach dem Motto „Die haben es halt nicht so mit der Demokratie, mit den Menschenrechten, vielleicht wegen der Kultur und der Religion“, will ich hier eines sagen: Unweit von hier gab es einen Völkermord an den Muslimen in Bosnien. Ich könnte jetzt viele Beispiele nennen. Wir alle kennen diese Beispiele. Das Problem ist doch nicht die Religion oder die Ethnie, sondern das Problem ist der alte Konflikt derer, die an Demokratie glauben, und derjenigen, die dies nicht wollen. Die Mehrheit hier steht an der Seite der Demokraten. Wo Sie stehen, das wissen wir.

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Cem Özdemir. – Nächste Rednerin: für die CDU/CSU-Fraktion Sylvia Pantel.

**Sylvia Pantel (CDU/CSU):**

(C) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention wird jetzt international in Medien und Politik zu Recht beklagt. Die Türkei hatte die Istanbul-Konvention als erster Staat bereits am 14. März 2012, also noch vor Inkrafttreten, ratifiziert und ließ sich dementsprechend feiern. Trotzdem blieb in Teilen des Landes die Gewalt gegen Frauen und Mädchen nach wie vor ein großes Problem.

Dieses eigentliche Problem, die Gewalt gegen Frauen, hat sich durch den seinerzeitigen Beitritt des Landes offensichtlich nicht gebessert. Die niedrigsten Zahlen hatte die Türkei im Jahr 2012, als die Regierung eine Nulltoleranzkampagne zu Gewalt gegen Frauen gestartet und durchgesetzt hat; also es wäre gegangen. Doch schon kurz nach der Kampagne stiegen die Zahlen von Gewalttaten und Morden an Frauen wieder an.

Die Istanbul-Konvention, die im August 2014 in Kraft trat, wurde durch Deutschland im Oktober 2017 ratifiziert. Damals kam der Vorwurf auf, Deutschland hätte die Konvention schon viel, viel früher ratifizieren müssen. Ich habe 2017 an gleicher Stelle bereits ausgeführt, dass wir in Deutschland zunächst die rechtlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung schaffen mussten, wie etwa die gesetzliche „Nein heißt Nein“-Regelung, die vorschreibt, dass sich nun jeder strafbar macht, der sich über den erkennbaren Willen des Opfers hinwegsetzt.

(D) Dieser schon an sich wichtige und richtige Schritt war auch eine Voraussetzung für unseren Beitritt und die Umsetzung der Istanbul-Konvention. Denn – und das ist das Entscheidende – es ist eine Tatsache, dass allein die Unterschrift unter ein Abkommen noch keine Frau aus häuslicher Gewalt befreit oder diese verhindert hat. Die Ratifizierung der Istanbul-Konvention war und ist richtig und wichtig, aber sie ersetzt nicht konkrete Maßnahmen vor Ort. In der Türkei ist das Konzept der sogenannten Familienehre nicht selten eine Rechtfertigung von Gewalttaten an Frauen.

Bei der Istanbul-Konvention verpflichten sich die Unterzeichner hingegen dazu, Verhaltensweisen zu ändern, die auf althergebrachten Geschlechterrollen beruhen. Artikel 42 hält gesondert fest, dass es mit Blick auf Kultur, Traditionen und Religion keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Frauen gibt. Dies gelte insbesondere für Verbrechen, die im Namen der sogenannten Ehre begangen werden.

Doch die Fälle von Gewalt an Frauen in der Türkei sind in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. So wurden allein im Jahr 2019 offiziell 474 Frauen getötet. Die Dunkelziffer liegt dabei wahrscheinlich noch viel höher. Laut der türkischen Organisation „Wir werden Frauenmorde stoppen!“ gibt es pro Monat 20 bis 30 Morde an Frauen, und auch schon 50 Morde in einem Monat seien vorgekommen. Es reagieren Polizei und Behörden oftmals nicht auf Hilferufe von Frauen. So ging die 45 Jahre alte Ayşe Tuba Arslan 23-mal zur Polizei, um ihren gewalttätigen Mann anzuzeigen. Sie bekam keine Hilfe und wurde schließlich im Oktober 2019 von ihm erstochen. Nach einem öffentlichen Aufschrei wegen diesem und zwei weiteren brutalen Frauenmorden sah sich

Sylvia Pantel

- (A) die türkische Regierung Anfang letzten Jahres dazu gezwungen, Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen anzukündigen. Doch durch die Coronapandemie und den Lockdown der türkischen Regierung trat das Thema schnell wieder in den Hintergrund und verschärfte sich sogar. Die Hilferufe von Frauen steigerten sich um über 50 Prozent, und alleine im Juni 2020 wurden nicht nur 27 Morde an Frauen gezählt, hinzu kamen weitere 23 Todesfälle von Frauen unter nicht ganz klaren Umständen. Erschwerend kommt hinzu, dass es in der Türkei nur knapp über 3 400 Plätze in Frauenhäusern gibt. In Deutschland dagegen sind es 34 000 Plätze, also zehnmal so viel. Wir wissen alle, dass es bei Weitem nicht ausreicht.

Die Ratifizierung eines Abkommens verhindert keine Gewalt an Frauen. Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen steht ohne Maßnahmen nur auf dem Papier. Zur Durchsetzung gehört das gesellschaftliche Bewusstsein der gleichen Rechte aller Menschen. Gewalt gegen Frauen ist leider oftmals ein Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Diese haben sich offensichtlich in der Türkei verschlechtert.

- Der gezielte Ausstieg aus der Istanbul-Konvention zeigt, dass die derzeitige türkische Regierung nicht vorhat, Gewalt an Frauen zu bekämpfen. Gleichzeitig zeigen sich autoritäre Tendenzen, wie etwa die Einschränkung der Pressefreiheit, Verbotverfahren gegen politische Parteien und eine vom Staat geförderte Islamisierung der säkularen Gesellschaft. Keine Religion oder Kultur auf der Welt rechtfertigt es, die Rechte von Frauen einzuschränken, sie zu missachten oder gar Gewalt gegen Frauen anzuwenden.
- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zeigt die Missachtung von Frauen, die daraus folgende Gewalt gegen Frauen und den fehlenden Schutz von Frauen. Hier müssen der Europarat und Deutschland klare Ansagen an Erdogan machen und ein Umdenken einfordern. Wir wollen ein gutes Verhältnis zu den Türken haben, aber nicht mit einem Erdogan, der die Rechte der Frauen und die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Sylvia Pantel. – Nächste Rednerin: für die SPD-Fraktion Aydan Özoğuz.

(Beifall bei der SPD)

**Aydan Özoğuz (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist traurig, dass wir diese Debatte so führen müssen. Das möchte ich zum Ende dieser Debatte mal sagen.

Wir haben immer wieder Anlass – leider zu viele (C) Anlässe –, um über die Türkei zu sprechen. Der Austritt aus dieser Istanbul-Konvention zum Schutz der Frauen erscheint eigentlich auch nur noch als die Spitze eines Eisbergs – auch das hat diese Debatte gezeigt – bei den angeschlagenen und sehr schwierigen deutsch-türkischen und auch europäisch-türkischen Beziehungen. Ich möchte, weil dieses Kulturelle hier tatsächlich betont wurde – ich war Cem Özdemir sehr dankbar, dass er das aufgegriffen hat –, noch einmal ganz deutlich sagen: Präsident Erdogan hat per Dekret etwas, was für uns und auch für weite Teile der türkischen Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit ist, per Handstreich aufgekündigt. Dagegen demonstrieren die Menschen in der Türkei. Auch bei uns wird dies kritisiert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es war der Staatspräsident selbst, der dieses Dekret unterschrieben hatte. Es hat ihn damals niemand dazu gezwungen, das zu tun. Der gleiche Mann kündigt das heute wieder auf, und zwar, weil er dem Druck von Ultratraditionalisten nachgibt. Es ist ein Signal, dass er die Situation der Frauen gar nicht mehr ernst nimmt und dass er die Gewalt gegen Frauen hinnimmt und akzeptiert. Wir haben von Claudia Roth, von Gabriela Heinrich und auch von Frau Pantel noch einmal die Zahlen gehört, die nun bittere Realität für die Frauen in der Türkei sind. Natürlich gehen sie dagegen auf die Straße. Es sind nicht gerade wenige, und sie verdienen unsere Unterstützung dabei.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was ich besonders erschreckend finde, ist, dass heutzutage so ziemlich alles in der Türkei per Handstreich geht: Finanzminister entlassen, Menschen verhaften, Dekrete erlassen. Was scheinbar miteinander gar nichts zu tun hat, offenbart eben doch ein sehr, wie ich finde, verstörendes Bild: Es wird alles so gemacht, wie der Präsident es möchte. Es ist leicht geworden, Menschen in der Türkei als Terroristen zu brandmarken. Wer weiß schon, ob es stimmt. Vor wenigen Tagen wurde der HDP-Abgeordnete Gergerlioglu – wir haben das schon gehört – aus dem Parlament ausgeschlossen. Er war wegen angeblicher terroristischer Propaganda zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Genannt werden alte Tweets. Ich habe selber bei Canan Kaftancıoğlu das Gerichtsverfahren mitbekommen. Es war schon frappierend, zu sehen, dass Richter, die ihre Aufgabe ordentlich machen wollen, die ihrem Job nachgehen wollen, während eines Gerichtsverfahrens sogar ausgetauscht werden, wenn sie eben nicht das machen, was der Präsident möchte. Ein beliebter Präsident hätte es wohl nicht nötig, solche Dinge zu tun, Kritiker auszuschließen, wegsperren zu lassen. Also da scheint einiges nicht richtig zu laufen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gyde Jensen [FDP])